

POSITIONSPAPIER

Digitalisierung

Genehmigt durch die Mitgliederversammlung vom 29.03.2025 in Bern

Inhalt

Vision	3
Forderungen	4
1. GESELLSCHAFT UND PRIVATSPHÄRE	4
Keine Anlasslose und dauernde Massenüberwachung.....	4
Gegen Fakenews kämpfen.....	5
2. WIRTSCHAFT	5
Zukunftstechnologien fördern: Biotechnologie, Fintech, Künstliche Intelligenz, Robotik, Quantencomputer und Neue Energien	5
Digitale Technologien und Innovationen fördern.....	6
Aufrechterhaltung von Wettbewerb	6
Standort Schweiz und Europa	7
3. DIGITALISIERUNG DES STAATES	8
Vorbildfunktion des Staates.....	8
Praxisorientierte MINT-Bildung und digitale Transformation im Bildungswesen.....	9
Interinstitutionelle Zusammenarbeit zur Steigerung von Effizienz und Innovation in der Schweiz	10
Digitale Transformation der politischen Teilhabe durch E-ID, E-Voting, EPD und E- Collecting.....	10
Standardisierte und automatisierte Verwaltungsprozesse zur Effizienzsteigerung.....	11
Verbesserung des Steuersystems	12

Vision

Wir sehen die Digitalisierung als ein Werkzeug zu den Diensten der Bevölkerung. Sie kann Mitarbeitende von repetitiven Aufgaben befreien, den Einsatz von Ressourcen effizienter machen und neue Möglichkeiten in der Medizin oder Technik eröffnen. Die Digitalisierung soll uns stärken, nicht kontrollieren, und zwar durch vier Säulen:

- Die Ausbildung der Bevölkerung im Gebrauch und der Entwicklung dieser Technologien.
- Die Modernisierung unserer Unternehmen und die Umsetzung unserer Spitzenforschung in erfolgreiche Unternehmen.
- Die Digitalisierung des Staates für mehr Transparenz, Integration und Effizienz
- Ein Regulierungsrahmen ähnlich dem der Europäischen Union, um Wettbewerb und Freiheit zu gewährleisten.

Forderungen

1. GESELLSCHAFT UND PRIVATSPHÄRE

Keine Anlasslose und dauernde Massenüberwachung

Wir sind gegen anlasslose und dauernde Massenüberwachung wie beispielsweise die Chatkontrolle und der Identifikationspflicht auf Webseiten. Dazu dürfen Verschlüsselungen nicht durch Hintertüren aufgeweicht werden.

Wirkungsweise: Die anlasslose und dauernde Massenüberwachung, wie sie in Massnahmen wie Chatkontrolle und die Identifikationspflicht auf Webseiten angestrebt wird, stellt eine erhebliche Bedrohung für die Privatsphäre und die Grundrechte dar. Sie wird mit Kriminalitätsprävention begründet, jedoch zeigen wissenschaftliche Studien, dass anlasslose Überwachung nicht nur ineffektiv in der Kriminalitätsbekämpfung ist, sondern auch negative Auswirkungen auf das Vertrauen der Bürger in staatlichen Institutionen hat. Es gibt keine gesicherten Belege dafür, dass diese Methoden die öffentliche Sicherheit signifikant erhöhen.

Insbesondere die Schwächung von Verschlüsselung durch sogenannte „Hintertüren“ würde massive Sicherheitsrisiken schaffen. Verschlüsselungstechnologien sind essenziell, um den Schutz sensibler Daten – sowohl im privaten als auch im geschäftlichen Bereich – zu gewährleisten. Eine allgemeine Verpflichtung zur Schwächung von Verschlüsselung würde Tür und Tor für Missbrauch öffnen, sowohl durch Kriminelle als auch durch autoritäre Regime.

Es ist von grosser Bedeutung, dass die digitale Infrastruktur den Schutz der Privatsphäre in den Mittelpunkt stellt, um das Vertrauen der Bürger in digitale Dienste und den Rechtsstaat zu erhalten. Ohne eine klare, anlassbezogene und verhältnismässige Regelung besteht die Gefahr, dass individuelle Freiheiten ohne nennenswerte Sicherheitsgewinne eingeschränkt werden.

Umsetzung: Verschlüsselungen sind essenziell in der digitalen Welt und dürfen nicht durch Hintertüren aufgeweicht werden.

- Unternehmen dürfen nicht die E-ID als einzige Identifikationsmöglichkeit verlangen
- Niemals Chatkontrollen erlauben

Das Sammeln von biometrischen Daten im öffentlichen Raum soll verboten werden, mit Ausnahmen für Flughäfen (Passkontrolle) und andere essenzielle Orte.

https://www.politybooks.com/bookdetail?book_slug=surveillance-after-snowden-9780745690841

<https://www.norton.com/books/Data-and-Goliath/>

Gegen Fakenews kämpfen

Freie Meinungsäusserung darf nicht eingeschränkt werden, jedoch ist es wünschenswert, wenn Falschinformationen beispielsweise gekennzeichnet werden und gegen automatisierte Manipulation der öffentlichen Meinung vorgegangen wird.

Wirkungsweise: Die Kennzeichnung von Falschinformationen ist ein effektives Mittel im Kampf gegen Fake News, da sie den Nutzern hilft, zwischen verlässlichen und irreführenden Inhalten zu unterscheiden. Zudem ist es entscheidend, gegen automatisierte Manipulation der öffentlichen Meinung vorzugehen.

Umsetzung: In naher Zukunft wird eine Vorlage zur Vernehmlassung präsentiert, die sich am Digital Services Act (DSA) der Europäischen Union orientiert. Wir fordern, dass diese Plattformregulierung die genannten Möglichkeiten, um gegen Fakenews vorzugehen, enthält.

<https://steigerlegal.ch/2024/03/10/schweiz-plattform-regulierung-verzoegerung/>

2. WIRTSCHAFT

Zukunftstechnologien fördern: Biotechnologie, Fintech, Künstliche Intelligenz, Robotik, Quantencomputer und Neue Energien

Wir fordern, dass die Schweiz ihre Position als Innovationsführerin durch gezielte Investitionen und steuerliche Anreize für Zukunftstechnologien wie Biotechnologie, Fintech, Künstliche Intelligenz, Robotik, Quantencomputer und neue Energietechnologien ausbauen. Dazu müssen rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen sowie Forschungs- und Entwicklungsprojekte durch staatliche Förderprogramme unterstützt werden. Enge Kooperationen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik sollen die Umsetzung und Marktintegration beschleunigen.

Wirkungsweise: Die Förderung von Zukunftstechnologien stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft und schafft hochqualifizierte Arbeitsplätze. Investitionen in Biotechnologie führen zu Durchbrüchen in der Gesundheitsversorgung, Ernährungssicherheit und im Klimaschutz. Open Finance ermöglicht Innovationen im Finanzsektor, steigert die Effizienz und fördert die finanzielle Inklusion. Künstliche Intelligenz und Robotik entlasten Arbeitskräfte von repetitiven Aufgaben und eröffnen neue Geschäftsfelder, wodurch Fachkräftemangel gemindert wird. Quantencomputer könnten komplexe Probleme in Wissenschaft, Medizin und Logistik schneller lösen, während neue Energietechnologien eine nachhaltige Energieversorgung sicherstellen und die Klimaziele erreichen helfen. Die gezielte Förderung dieser Technologien positioniert die Schweiz als globalen Innovationsführer, verbessert die Lebensqualität und trägt zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung bei.

Umsetzung: Die Einführung steuerlicher Anreize, wie beschleunigter Abschreibungen für Investitionen in Forschung und Entwicklung, sowie staatliche Förderprogramme sind entscheidend. Innovationsfonds wie Innosuisse sollen gezielt Projekte unterstützen.

Pilotprojekte, öffentliche-private Partnerschaften und regelmässige Evaluierungen sichern eine effektive Umsetzung. Klare Regulierungen und Standards gewährleisten Datenschutz und Datensicherheit, insbesondere im Bereich Fintech und Open Finance

Digitale Technologien und Innovationen fördern

Wir fordern steuerliche Anreize und gezielte Förderprogramme, um Unternehmen, insbesondere Start-ups und KMUs, bei der Integration und Entwicklung digitaler Technologien und Innovationen zu unterstützen. Diese Massnahmen sollen die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft sichern und den digitalen Wandel beschleunigen.

Wirkungsweise: Durch steuerliche Erleichterungen und Förderprogramme werden Unternehmen ermutigt, in zukunftsweisende Technologien wie Künstliche Intelligenz, Big Data und Automatisierung zu investieren. Solche Investitionen können die Effizienz und Produktivität deutlich steigern, Geschäftsprozesse optimieren und langfristig Kosten senken. Gerade KMUs, die das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft bilden, profitieren von diesen Massnahmen, da sie oft über begrenzte Ressourcen verfügen. Der Einsatz digitaler Lösungen stärkt die Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene und ermöglicht es Unternehmen, flexibler auf Marktveränderungen und Kundenbedürfnisse zu reagieren. Neben der Förderung von Innovation entstehen neue Arbeitsplätze, und die Skalierung moderner Technologien wird beschleunigt. In einer globalisierten Wirtschaft verbessert dies die Position der Schweiz und Europas im Vergleich zu Ländern wie den USA und China, die massiv in ihre Tech-Industrien investieren. Zudem leistet die Digitalisierung einen wichtigen Beitrag zur Stabilität und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft

Umsetzung: Die Umsetzung erfolgt durch ein steuerliches Anreizsystem, das beispielsweise die beschleunigte Abschreibung von Investitionen in Digitalisierung ermöglicht, sowie durch direkte Subventionen für Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Staatliche oder halbstaatliche Institutionen wie Innosuisse könnten Förderprogramme verwalten, um Unternehmen Zugang zu finanziellen Mitteln und Beratungsdiensten zu bieten, die den technologischen Wandel aktiv unterstützen.

Aufrechterhaltung von Wettbewerb

Wir fordern, dass die Schweiz den durch den Digital Markets Act geschaffenen Rahmen nutzt, um ihre Verbraucher und Unternehmen vor der marktbeherrschenden Stellung mancher digitalen Giganten zu schützen.

Wirkungsweise: Die digitale Welt wird von Giganten beherrscht. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Dokuments im September 2024 sind die fünf größten Unternehmen nach Marktkapitalisierung allesamt Technologieunternehmen (Apple, Microsoft, Nvidia, Google, Amazon) und alle haben einen Wert von mehr als einer Billion US-Dollar. Aufgrund ihrer Größe

sind diese Unternehmen in der Lage, eine dominante Position auf bestimmten Märkten einzunehmen und können als „Gatekeeper“ fungieren, wie es im kürzlich verabschiedeten *Digital Markets Act* (DMA) der Europäischen Union heißt. Die Präsenz von *Gatekeepern* auf dem Markt ist problematisch. Zunächst einmal aus wettbewerbsrechtlicher Sicht; indem sie den Markt besetzen, behindern sie die Entwicklung neuer Unternehmen. Darüber hinaus können *Gatekeeper*, indem sie den Übergang zu alternativen Diensten erschweren, die Kunden in ihren Ökosystemen gefangen halten, sie die Kontrolle über ihre Daten verlieren lassen und sie anfällig für Preiserhöhungen oder Funktionsverluste machen. Dies kann aus strategischer Sicht für die Schweiz besonders heikel sein, wenn ihre Industrien von *Gatekeeper-Diensten* abhängig sind, aber auch wenn die Schweizer Forschung nicht in wettbewerbsfähige Unternehmen umgesetzt werden kann.

Die Europäische Union bekämpft die Dominanz dieser Gatekeeper mit dem „Digital Markets Act“ (DMA). Dieses Gesetz legt objektive Kriterien fest, um Gatekeeper zu definieren, sowie Regeln, die für sie gelten. Diese Regeln umfassen:

- Eine Verpflichtung, Dienste in bestimmten Situationen mit externen Diensten interoperabel zu machen.
- Eine Verpflichtung, es dem Nutzer zu ermöglichen, seine Daten auf eine Weise zu extrahieren, die es ihm erlaubt, sie an einen konkurrierenden Dienst weiterzuleiten.
- Eine Beschränkung von Exklusivverträgen, um u. a. Entwicklern die Möglichkeit zu geben, ihre Anwendungen über verschiedene App Stores zu vertreiben.
- Ein Verbot, die eigenen Dienste bevorzugt gegenüber denen der Konkurrenz zu behandeln.

Umsetzung:

1. Wir fordern, dass das Schweizer Recht die Regelungen für Gatekeeper, wie sie von der EU im DMA definiert werden, mehrheitlich übernimmt, um sicherzustellen, dass auch Schweizer Verbraucher und Unternehmen davon profitieren können.
2. Wir fordern außerdem, dass der Staat öffentliche Aufträge nur an Dienste vergibt, die ähnliche Kriterien der Interoperabilität und Übertragbarkeit von Daten erfüllen, unabhängig vom Status des *Gatekeepers*, um sicherzustellen, dass öffentliche Gelder nicht an einen Dienst gebunden sind und dass der Staat bei Bedarf leicht auf Konkurrenten ausweichen kann.

<https://www.investopedia.com/biggest-companies-in-the-world-by-market-cap-5212784>

https://digital-markets-act.ec.europa.eu/about-dma_en

https://digital-markets-act.ec.europa.eu/gatekeepers_en

Standort Schweiz und Europa

Wir fordern eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und anderen europäischen Ländern, um den Standort Europa und Schweiz attraktiver zu machen.

Wirkungsweise: Durch eine intensivere Zusammenarbeit mit europäischen Partnern können Synergien geschaffen und Ressourcen effizienter genutzt werden. Gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte ermöglichen den Austausch von Wissen und Technologien, was zu schnelleren Innovationen führt. Dies stärkt nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und Europas, sondern fördert auch die wirtschaftliche Integration und Stabilität in der Region. Eine enge Kooperation kann dazu beitragen, gemeinsame Standards und Normen zu entwickeln, die den Handel und die Investitionen erleichtern. Zudem können durch grenzüberschreitende Initiativen neue Märkte erschlossen und die Attraktivität Europas für internationale Investoren erhöht werden. Langfristig führt dies zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und einer stärkeren Position Europas im globalen Wettbewerb.

Umsetzung: Die Umsetzung erfolgt durch bilaterale und multilaterale Abkommen, die die Zusammenarbeit in Bereichen wie Forschung, Bildung und Technologie fördern. Es sollten gemeinsame Förderprogramme und Innovationsfonds eingerichtet werden, die grenzüberschreitende Projekte unterstützen. Zudem ist es wichtig, regelmässige Dialoge und Netzwerktreffen zwischen den beteiligten Ländern zu organisieren, um den Austausch und die Zusammenarbeit zu intensivieren. Öffentliche und private Partnerschaften spielen ebenfalls eine entscheidende Rolle, um den Zugang zu modernster Infrastruktur und Technologien zu erleichtern und gemeinsame Projekte zu realisieren.

3. DIGITALISIERUNG DES STAATES

Vorbildfunktion des Staates

Wir fordern, dass der Staat bei der Auswahl von Software nicht nur seine eigene Nutzung berücksichtigt, sondern auch seine Rolle als Trendsetter anerkennt und auch die Auswirkungen der Nutzung von Software durch Unternehmen und Bürger in Betracht zieht.

Wirkungsweise: Unsere Welt ist zunehmend digitalisiert und der Einsatz von IT-Tools wird unumgänglich. Dies wurde in den letzten Jahren durch die Coronavirus-Pandemie und den Wunsch, die Telearbeit zu stärken, besonders deutlich. Diese Digitalisierung ist keineswegs von Natur aus schlecht, wirft jedoch einige Herausforderungen auf, unter anderem:

- Erschwinglichkeit, insbesondere für die ärmsten Haushalte.
- Die Unabhängigkeit von ausländischen Unternehmen.
- Es geht um die massive Sammlung persönlicher Daten.

Wir gehen davon aus, dass der Staat über die Verwaltung und die Schulen einen großen Einfluss auf die von der Bevölkerung verwendete Software hat und in der Lage ist, bestimmte Software als Standardoption in den Augen der Schweizer Bürger zu erheben. Wir sind daher der Meinung, dass der Staat bei der Auswahl von Software nicht nur seine eigene Nutzung berücksichtigen sollte, sondern auch die Nutzung durch die Schweizer Bürger und Unternehmen. Wenn die Nutzung einer Software durch den Staat die Nutzung einer billigeren, datenärmeren oder offeneren Software außerhalb des Staates begünstigt, sollte dies zu Gunsten der Software sprechen.

Umsetzung:

- Förderung von billigerer, privaterer Software in der Verwaltung und in Schulen. Insbesondere Free-and-Open-Source-Software (FOSS)
- Zinslose Darlehen für Schweizer Unternehmen, die FOSS-Software entwickeln, warten und Support dafür anbieten können, die vom Staat, der Bevölkerung und Unternehmen genutzt werden kann.

Praxisorientierte MINT-Bildung und digitale Transformation im Bildungswesen

Wir fordern eine gezielte Verbesserung des Bildungswesens durch praxisorientierte, MINT-fokussierte Bildungsangebote für jüngere Generationen sowie durch flexible Weiterbildungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer:innen. Zusätzlich sollen digitale Infrastrukturen und Fortbildungsprogramme für Lehrpersonen in Schulen gefördert werden, um Schüler:innen auf die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt vorzubereiten.

Wirkungsweise: Eine praxisnahe und MINT-orientierte Bildung stärkt die beruflichen Perspektiven von jungen Menschen, indem sie sie gezielt auf technologische und zukunftsfähige Berufe vorbereitet. Dies verringert die Kluft zwischen den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und den Bildungsangeboten und trägt zur Reduktion des Fachkräftemangels bei. Flexible Weiterbildungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer, wie etwa Online-Kurse und Abendseminare, ermöglichen es, bestehende Fähigkeiten zu erweitern und anzupassen, ohne die beruflichen und persönlichen Verpflichtungen zu vernachlässigen. Dies fördert nicht nur die individuelle berufliche Weiterentwicklung, sondern auch die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Wirtschaft. Die Förderung der Digitalisierung in Schulen stellt sicher, dass Schüler die nötigen digitalen Kompetenzen erwerben, die in der modernen Arbeitswelt unverzichtbar sind. Der Einsatz moderner Technologien und digitaler Lehrmittel ermöglicht einen individuellen, praxisorientierten Unterricht, der die Lernmotivation steigert und die Lernleistung in den MINT-Fächern verbessert. Dies unterstützt die Chancengleichheit und stellt sicher, dass die Schüler die nötigen Fähigkeiten und Kenntnisse für die Herausforderungen der Zukunft mitbringen.

Umsetzung: Zur Umsetzung sollten Programme zur Verbesserung der praktischen Ausbildung in Schulen und der Berufsausbildung eingeführt werden, z. B. durch Praktika und Projektarbeiten. Flexible Lernformate für ältere Arbeitnehmer:innen, wie Online-Kurse und Wochenendseminare, sollten verstärkt gefördert werden. Um die Digitalisierung in Schulen voranzutreiben, sollten Bund, Kantone und Gemeinden gemeinsam Förderprogramme auflegen, die den Erwerb digitaler Endgeräte und die Verbesserung der IT-Infrastruktur unterstützen. Lehrpersonen müssen durch regelmässige Fortbildungen im Umgang mit digitalen Medien geschult werden

Interinstitutionelle Zusammenarbeit zur Steigerung von Effizienz und Innovation in der Schweiz

Wir fordern eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Behörden, Forschungsinstituten, staatlichen Stellen und privaten Akteuren durch den Einsatz digitaler Technologien und standardisierter Prozesse, um die Effizienz, Innovationskraft und Bürgerfreundlichkeit in der Schweiz zu steigern

Wirkungsweise: Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Behörden, Forschungsinstituten, staatlichen Stellen und privaten Akteuren bietet zahlreiche Vorteile für die öffentliche Verwaltung und die Wirtschaft. Durch den Einsatz digitaler Technologien, wie interoperabler Datenbanken und sicherer Kommunikationsplattformen, können Behörden und Unternehmen Informationen schneller, präziser und sicherer austauschen. Dies reduziert den Verwaltungsaufwand, minimiert Fehler und beschleunigt Entscheidungsprozesse, was zu einer besseren Nutzung von Ressourcen führt. Forschungsinstitute bringen wissenschaftliche Expertise und Innovationen ein, die durch staatliche Rahmenbedingungen und private Unternehmen marktfähig gemacht werden. Solche Partnerschaften fördern den Wissensaustausch und beschleunigen die Entwicklung neuer Technologien. Studien zeigen, dass diese Zusammenarbeit nicht nur die Effizienz steigert, sondern auch die Zufriedenheit der Bürger:innen erhöht, da Entscheidungen transparenter und nachvollziehbarer werden. Zudem stärkt eine verbesserte Zusammenarbeit das Vertrauen der Bürger:innen in staatliche Institutionen. Langfristig fördert die Zusammenarbeit einen modernen, flexiblen und innovationsorientierten Staat, der besser auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren kann und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz steigert.

Umsetzung: Die Umsetzung erfordert zunächst die Bestandsaufnahme der bestehenden digitalen Infrastrukturen und Prozesse in den beteiligten Institutionen. Daraufhin sollten standardisierte Schnittstellen und Protokolle entwickelt werden, um den Datenaustausch zu erleichtern. Innovationscluster und gemeinsame Forschungszentren könnten als Plattformen für Kooperationen dienen. Regelmässige Dialoge und Workshops fördern den Austausch zwischen den Akteuren, und staatliche Förderprogramme sowie steuerliche Anreize sollten geschaffen werden, um gemeinschaftliche Projekte zu unterstützen. Ein kontinuierliches Monitoring gewährleistet die Effektivität der Massnahmen.

Digitale Transformation der politischen Teilhabe durch E-ID, E-Voting, EPD und E-Collecting

Wir fordern die Einführung einer staatlich anerkannten elektronischen Identität (E-ID), E-Voting, eines elektronischen Patientendossiers (EPD) und einer digitalen Plattform für die Sammlung von Unterschriften für Initiativen und Referenden (E-Collecting), um die digitale Transformation in der Schweiz voranzutreiben und die demokratische sowie gesellschaftliche Teilhabe der Bevölkerung zu stärken.

Wirkungsweise: Die Einführung der E-ID ermöglicht Bürger:innen eine sichere und effiziente Identifikation im digitalen Raum, wodurch der Zugang zu Online-Dienstleistungen im öffentlichen und privaten Sektor erleichtert wird. Dies fördert die Digitalisierung des Staates, reduziert administrative Hürden und stärkt das Vertrauen in digitale Prozesse. E-Voting verbessert die Wahlbeteiligung und ermöglicht eine schnellere, barrierefreie Teilnahme an Wahlen. Es hat sich bereits in Ländern wie Estland bewährt und erhöht die Effizienz der Stimmauszählung. Das elektronische Patientendossier steigert die Behandlungsqualität, da Gesundheitsdaten zentral und sicher gespeichert werden, was zu einer besseren Koordination und Sicherheit in der medizinischen Versorgung führt. Schliesslich ermöglicht E-Collecting eine einfachere, transparente und barrierefreie Teilnahme an politischen Initiativen und Referenden, was die direkte Demokratie stärkt und den Unterschriftensammelprozess effizienter macht. Diese digitalen Lösungen fördern nicht nur die Effizienz und Sicherheit, sondern auch die Inklusion und Teilhabe der Bevölkerung an gesellschaftlichen und politischen Prozessen. Sie bieten ein enormes Potenzial, die Verwaltungs- und Gesundheitsprozesse zu modernisieren und die politische Partizipation zu erhöhen

Umsetzung: Die Einführung dieser digitalen Instrumente erfordert die enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und anerkannten Institutionen. Zunächst müssen gesetzliche Rahmenbedingungen und technische Infrastrukturen geschaffen werden, um den Datenschutz und die Sicherheit zu gewährleisten. Pilotprojekte und Informationskampagnen sind notwendig, um die Bevölkerung über die Vorteile und Anwendungsmöglichkeiten aufzuklären. Ein schrittweiser Rollout und kontinuierliche Anpassungen an neue Anforderungen sind entscheidend für eine erfolgreiche und breite Akzeptanz.

Standardisierte und automatisierte Verwaltungsprozesse zur Effizienzsteigerung

Wir fordern die Entwicklung zentraler, standardisierter Applikationen durch den Bund, die von Kantonen und Gemeinden genutzt werden können, sowie die Automatisierung manueller Verwaltungsprozesse zur Effizienzsteigerung. Diese Massnahmen sollen die Zusammenarbeit verbessern und die Verwaltung vereinfachen.

Wirkungsweise: Die Einführung standardisierter, kompatibler Anwendungen durch den Bund gewährleistet eine effiziente und einheitliche Nutzung technischer Standards durch alle Kantone und Gemeinden. Dies fördert nicht nur eine reibungslose Kommunikation und den Datenaustausch, sondern reduziert auch Kosten und Wartungsaufwand, da individuelle Lösungen vermieden werden. Gleichzeitig verbessert die zentrale Bereitstellung die Sicherheit und den Datenschutz, indem der Bund strenge Sicherheitsprotokolle implementieren kann. Diese Anwendungen optimieren die Verwaltungsprozesse und sorgen für eine einheitliche und qualitativ hochwertige Bearbeitung von Bürgeranliegen. Zudem trägt die Automatisierung manueller Prozesse zu einer Reduktion der Fehlerquote und einer erheblichen Zeitersparnis bei, wie Studien zur Steuerverwaltung zeigen, bei denen die Bearbeitungszeit um bis zu 50% verkürzt wurde. Automatisierte Systeme erhöhen die Transparenz, da jeder Schritt nachvollziehbar dokumentiert wird, was zu einer höheren Rechenschaftspflicht führt.

Langfristig wird dadurch die Effizienz gesteigert, die Bürgerzufriedenheit erhöht und die Verwaltungskosten gesenkt.

Umsetzung: Der Bund sollte ein zentrales Gremium zur Entwicklung und Wartung der Anwendungen einrichten und eng mit den Kantonen und Gemeinden zusammenarbeiten, um ihre spezifischen Bedürfnisse zu berücksichtigen. Die Finanzierung kann durch eine Kombination von Bundesmitteln und Lizenzgebühren erfolgen. Zudem müssen Schulungen und Supportangebote bereitgestellt werden, um eine reibungslose Einführung und Nutzung zu gewährleisten.

Verbesserung des Steuersystems

Wir fordern die Einführung einer ganzjährigen digitalen Plattform zur Erfassung von Steuerdaten, Rechnungen und Belegen, um die Genauigkeit und Effizienz der Steuererklärungen zu erhöhen.

Wirkungsweise: Die Einführung einer ganzjährigen digitalen Plattform zur Erfassung von Steuerdaten, Rechnungen und Belegen würde die Effizienz und Genauigkeit der Steuererklärungen erheblich verbessern. Durch die kontinuierliche Verfügbarkeit der Plattform könnten Steuerpflichtige ihre Daten laufend aktualisieren und Belege hochladen, was das Risiko von Fehlern und das Vergessen wichtiger Dokumente ab einem Stichtag minimiert. Dies führt zu einer schnelleren und einfacheren Erstellung der Steuererklärung und erleichtert die Kontrolle durch die Steuerbehörden. Die Integration von Open Finance ermöglicht es, dass bestimmte Informationen automatisch eingetragen werden, was die Effizienz weiter steigert und die Korrektheit der Daten sicherstellt. Dies trägt auch zur Minimierung von Steuerhinterziehung bei, da die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der finanziellen Transaktionen erhöht wird. Studien zeigen, dass digitale Steuerplattformen die Compliance-Raten verbessern und die Verwaltungskosten senken können. Ein solches System würde nicht nur den Steuerpflichtigen zugutekommen, sondern auch die Arbeit der Steuerbehörden erleichtern und die allgemeine Steuertransparenz erhöhen.

Umsetzung: Die Umsetzung dieser Forderung erfordert die Entwicklung und Bereitstellung einer benutzerfreundlichen digitalen Plattform durch die Steuerbehörden. Diese Plattform sollte sicherstellen, dass alle Daten verschlüsselt und vor unbefugtem Zugriff geschützt sind. Eine umfassende Schulung und Informationskampagne für die Steuerpflichtigen ist notwendig, um die Nutzung der Plattform zu fördern. Zudem sollten Schnittstellen zu Banken und Finanzinstituten geschaffen werden, um die Integration von Open Finance zu ermöglichen. Die Zusammenarbeit mit IT-Experten und die Einhaltung internationaler Datenschutzstandards sind hierbei essenziell.